

**Presseinformation:
Kommentar zur Haushaltsplanung
im Finanzausschuss Lütjensee am 12.12.2017**

Lütjensee, den 14. Dezember 2017

Die christliche Nächstenliebe der CDU endet in Lütjensee am Friedhofstor

Lütjensee – Der Schnee vorm Dorfgemeinschaftshaus hätte schmelzen müssen bei der hitzigen Haushaltsdiskussion im Finanzausschuss. Anlass war der Entwurf, der für den Neubau eines Betriebsgebäudes auf dem evangelischen Friedhof 37.000 € vorsah. Der Haushaltsansatz von Bürgermeisterin Stenzler (CDU) setzt eine 75-prozentige „Unterstützung“ des notwendigen Bauvorhabens auf dem Friedhofsgelände voraus. Die am Friedhof der Kirchengemeinde beteiligten Orte Großensee, Grönwohld und Lütjensee beteiligen sich jeweils anteilig an den Kosten und die Kirchengemeinde müsste nur noch die übrigen 25 % der Kosten übernehmen, obwohl sie das nach eigener Auskunft, die allen Fraktionen vorliegt, (bei öffentlichen Aufgaben nach dem Kirchenrecht) gar nicht darf. Alles hätte so idyllisch sein können, wenn sich die CDU-Fraktion vorher informiert hätte oder zumindest mal die Mühe gemacht hätte, die Anträge der SPD-Fraktion ernsthaft durchzulesen, statt sie, wie bereits bei der Sitzung des Finanzausschusses im September, pauschal abzulehnen.

Damals hatte die SPD-Lütjensee beantragt, für den Ersatz des von der Berufsgenossenschaft beanstandeten und nach über 50 Jahren abgängigen Betriebsgebäudes aus Holz im nächsten Haushaltsjahr 50.000 € einzuplanen. Zuvor sollte das Amt Trittau beauftragt werden zu klären, ob die Gemeinden überhaupt zur Kosteübernahme verpflichtet sind. Nach Auskunft des Kirchenkreisverwaltung des Kirchenkreises Hamburg-Ost, sind nämlich die beteiligten politische Gemeinde unter den gegebenen Bedingungen dazu verpflichtet 100 % der Kosten zu tragen. Die SPD beantragte deshalb, bis zur endgültigen Klärung der Rechtslage, das Geld mit einem Sperrvermerk zu versehen, sodass es zunächst nur eingeplant wird, aber nicht ohne weiteres ausgegeben werden kann.

Doch soweit kam es gar nicht. Unter Hohn und Spott wurde der SPD-Antrag abgeblockt bis er schließlich versandete. Der bereits im September gegebene Hinweis des Friedhofsausschuss-Vorsitzenden aus dem Kirchengemeinderat, die gesetzliche Verpflichtung zur Kostenübernahme notfalls juristisch abklären zu lassen, verhalte scheinbar ungehört.

Drei Monate später führte eine Absprache zwischen den drei Bürgermeistern zu einem Umdenken bei der CDU-Lütjensee. Der Wunsch einen Rechtsstreit zu vermeiden und „das christliche Gewissen“, wie es Bürgermeisterin Stentzler im öffentlichen Teil der Sitzung Anfang Dezember nannte, bewog die Union, trotz der von der CDU-Bürgermeisterin als „verwerflich“ bezeichneten Vorgehensweise der Kirche, zum Umdenken und zur Bereitstellung von 37.000 €. Dabei geht es gar nicht um eine freiwillige Unterstützung der Kirchengemeinde, die mit einem so hohen Betrag auch gar nicht statthaft wäre. Vielmehr geht es um eine den heutigen Unfallverhütungsvorschriften angemessene Ausstattung des Friedhofs, die allein durch die Bestattungsgebühren nicht möglich ist. Ebenso wie die Feuerwehr als Körperschaft öffentlichen Rechts, gemäß Brandschutzgesetz, für die Gemeinde die Aufgabe der Brandbekämpfung übernimmt, übernimmt die Kirchengemeinde als Körperschaft öffentlichen Rechts die kommunale Verpflichtung, gemäß Bestattungsgesetz, für eine würdige Begräbnisstätte für alle Bürger zu sorgen – und tut dies seit über 50 Jahren und übernimmt sogar ehrenamtlich einen Großteil der Verwaltung. Ein Kostenvorteil den die SPD zu schätzen weiß!

Die im Dezember von der SPD erneut beantragte Bereitstellung von 50.000 €, die dem vollständigen Lütjenseer Anteil an den Kosten entsprächen, wurde, wie so oft, durch die CDU-Mehrheit im Finanzausschuss abgelehnt. Auf Nachfrage wurde erklärt, dass man zwar immer noch keine Rechtssicherheit über eine Zahlungsverpflichtung habe, aber auch keine weitere Mittel für den Nachtragshaushalt einplane.

Es grenzt schon an Ironie, wenn da das „christliche“ im Parteinamen bemüht wird und anschließend ein viel zu niedriger Betrag zur wohlwollenden „Unterstützung“ des „kommunalen Friedhofs in kirchlicher Trägerschaft“ bereitgestellt wird. Da hält es die SPD-Lütjensee lieber mit dem „Sozial“ im Parteinamen, ist bereit Verantwortung für eine kommunale Aufgabe zu übernehmen und setzt sich aktiv für die Erhaltung unseres Friedhofs ein, ehe der Schnee schmilzt und wieder das erste Gras über die Sache wächst.

Durmis Özen
Fraktionsvorsitzender der SPD-Lütjensee

Foto: Bernd Marzi

Kontakt:
Durmis Özen
oezen.spd-luetjensee@gmx.de
0151 / 12 744 742